

Berufsverband der Deutschen Urologen e.V.

Urologe 2015 · 54:1661
 DOI 10.1007/s00120-015-4022-x
 © Springer-Verlag Berlin Heidelberg 2015

Redaktion

W. Bühmann, Wenningstedt/Sylt

+++ URO-Telegramm +++

**Empirische Studie:
 Rationierung zunehmend
 Alltag in deutschen
 Kliniken**

45 Prozent der deutschen Chefärzte nehmen häufige Entscheidungskonflikte zwischen ärztlichen Zielsetzungen und wirtschaftlichem Druck wahr, so der Essener Gesundheitswissenschaftler Prof. Dr. Jürgen Wasem, der in einer Befragung von über 2.100 Chefärzten, Pflegedienstleitern und -direktoren sowie Geschäftsführern und kaufmännischen Direktoren festgestellt hat, dass sich die schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen deutscher Kliniken auch auf die Patientenversorgung auswirken. Beispielsweise mussten 46 Prozent aller Chefärzte Patienten mindestens einmal in den letzten sechs Monaten eine nützliche Leistung vorenthalten. Besonders in der Pflege sind Entscheidungskonflikte zwischen medizinischen Zielen und wirtschaftlichen Zwängen besonders hoch. So meinen 88 Prozent der Pflegedienstleitungen, 81 Prozent der Krankenhausgeschäftsführungen und 72 Prozent der Chefärzte, dass ausreichend Zeit für die Zuwendung für Patienten nur „selten“ oder „manchmal“ vorhanden ist. Nur noch 21 Prozent der Pflegedienstleitungen urteilen überdies, dass das Pflegepersonal „sämtliche erforderlichen Pflegeleistungen immer“ durchführen könne. Ein zusätzliches Problem ist die ökonomisch motivierte Überversorgung von Patienten: Die im internationalen Vergleich hohe Zahl stationäre Leistungen ist in den letzten Jahren sogar noch gestiegen. 39 Prozent der befragten Chefärzte meinen diesbezüglich, dass ökonomische Gründe zu nicht erforderlichen Eingriffen führen. Solch ökonomisch motivierte Überversorgung verorten die Befrag-

ten insbesondere in den Bereichen Kardiologie und Unfallchirurgie/Orthopädie.



Ärzte beurteilen ihre wirtschaftliche Lage schlechter als andere Berufssparten

Die niedergelassenen Ärzte schätzen ihre wirtschaftliche Lage schlechter ein als noch im Frühjahr dieses Jahres. Das geht aus dem Medizinklimaindex (MKI) hervor, den die Stiftung Gesundheit halbjährlich erhebt. Demnach bezeichnen 29 Prozent der befragten Ärzte, psychologischen Psychotherapeuten und Zahnärzte ihre wirtschaftliche Lage als gut, 51 Prozent als befriedigend und 21 Prozent als schlecht. Zudem erwarten acht Prozent der Befragten, dass sich ihre wirtschaftliche Lage in den kommenden sechs Monaten verbessert, 65 Prozent glauben, sie werde gleichbleiben, und 27 Prozent rechnen mit einer Verschlechterung. Der Medizinklimaindex errechnet sich aus den Saldowerten zwischen den positiven und den negativen Erwartungen der Ärzte. Er liegt in diesem Herbst bei -5,1. Noch im Frühjahr 2015 lag er bei 6,2. Am schlechtesten ist die Stimmung derzeit bei den Fachärzten: Bei ihnen liegt der MKI bei -7,9. Es folgen die Hausärzte (-4,4) und die psychologischen Psychotherapeuten (-3,4). Bei den Zahnärzten liegt der MKI bei 0. Den Medizinklimaindex erhebt die Stiftung Gesundheit analog zum sogenannten IFO-Geschäftsklima für die gewerbliche Wirtschaft, den das Institut für Wirtschaftsforschung (IFO Institut) erfragt. Im Vergleich zu

anderen Berufssparten sind die Ärzte demnach deutlich pessimistischer. Sowohl in der gewerblichen Wirtschaft als auch im verarbeitenden Gewerbe liegt der IFO-Index bei 10, im Großhandel bei 13,7 und im Einzelhandel bei 14,7.

© fos/aerzteblatt.de



Niedergelassene Ärzte wollen mitmischen

Eine aktuelle Zi-Studie belegt, dass die Notfallambulanzen der Kliniken über Gebühr beansprucht werden. Die niedergelassenen Ärzte wehren sich gegen das von Bund und Ländern geplante System von Portalpraxen an Kliniken für die ambulante Notfallversorgung. In einem Schreiben an Gesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) warnen die Vertreter der KVen und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) vor „massiven Fehlanreizen“ in der Notfallversorgung zu Lasten des ambulanten Sektors. Gleichzeitig schlagen sie eine gesetzliche Änderung vor, die stationäre Aufnahmen von Patienten nach dem Besuch von Krankenhausambulanzen strenger regulieren soll.

Immer mehr „Notfälle“

Acht Millionen Patienten im Jahr würden mit dem Aufnahmegrund „Notfall“ eingewiesen. Diese Zahl sei seit 2009 um 20 Prozent gestiegen, vermerken die Autoren des Briefes. Dass ein guter Teil dieser Patienten nicht hätte stationär behandelt werden müsste, will die Kassenärztliche Bundesvereinigung mit einer am Dienstag vorgestellten Forschungsarbeit der Müncher Gesundheitsökonomin Professor Leonie Sundmacher untermauern. Demnach könnten gut

3,7 Millionen Krankenhausfälle mit einer koordinierten Versorgung vermieden, rund 7,2 Milliarden Euro im Jahr an Kosten im stationären Sektor gespart werden. Dazu hat Sundmacher im Auftrag und mit Mitteln des Zentralinstituts für die Kassenärztliche Versorgung einen Katalog von 22 Krankheiten erarbeitet, die etwa 90 Prozent der ambulant sensitiven Fälle abdecken. Viele Einweisungen unnötig. 61 Prozent der 426.000 Einweisungen aufgrund ischämischer Herzkrankheiten im Jahr 2012 waren demnach vermeidbar, weist die Studie aus. Sogar 81 Prozent der 284.000 Klinikfälle aufgrund von Rückenbeschwerden wären demnach unnötig gewesen. Mit ihrem Vorstoß wollen die niedergelassenen Ärzte nun Einfluss auf das Einweisungs-geschehen nehmen können. KVen und Landeskrankenhausverbände sollen die Bedingungen für eine stationäre Weiterbehandlung im Anschluss an eine ambulante Notfallbehandlung aushandeln. Für die Krankenhauseite ist der Vorstoß der Ärzte ein Beleg für die „Unzulänglichkeiten des Systems bei der Wahrnehmung des Sicherstellungsauftrags“. Sundmachers Gutachten sei ein klares Plädoyer für die Öffnung der Krankenhäuser für mehr ambulante Versorgung, reagierte DKG-Hauptgeschäftsführer Georg Baum.

Anno Fricke, Ärztezeitung